

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage vor Sonn- und Festtagen.  
Der Preis für die 34 zum besten Colonel-Bezirksgelände im Amtsgerichtsbezirk zu 120 (Hauptstadt) und 120 (Hauptstadt) Mark, auswärts 120, für die 30 zum besten Colonel-Bezirksgelände zu 120, auswärts 120, für die 30 zum besten Colonel-Bezirksgelände zu 120, auswärts 120.  
Verlag: Leipzig Nr. 12225.  
Gesamtdruck: Leipzig Nr. 12225.

**Tageblatt** • enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichtsdirektion und des Bezirksverbandes Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Othmar, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Othmar, Neuland und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Vertriebspreis: Aue 11 und 12, Othmar (inkl. Post) 14, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 10, Othmar (inkl. Post) 14, Schwarzenberg 10.

Wichtiges: Wichtige für die am nächsten erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Die Geschäftsstellen für die Bekanntmachung der Bekanntmachungen sind in der Regel an bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten nicht geöffnet, auch nicht für die Bekanntmachung der durch den Reichspräsidenten erlassenen Verfügungen. — Die Bekanntmachung von Verfügungen erfolgt durch die Geschäftsstellen der Reichspräsidenten. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Verzögerung. Bei Jubiläumsvorgang und anderen besonderen Anlässen ist nicht vorzuziehen. Geschäftsstellen: Aue, Othmar, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 295.

Freitag, den 19. Dezember 1930.

83. Jahrg.

## Amfliche Anzeigen.

Zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Schuhmachermeisters Max Böttcher in Schneeberg, Gymnasialstraße, wird heute am 17. Dezember 1930, nachm. 1/2 5 Uhr das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Johannes Kaiser in Schneeberg wird als Vertrauensperson bestellt. Ein Gläubigerantrag wird nicht gestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf

Freitag, den 16. Dezember 1931, vorm. 11 Uhr

vor dem Amtsgericht Schneeberg bestimmt. Die Unterlagen liegen auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten aus.

Schneeberg, den 17. Dez. 1930.

Das Amtsgericht.

Freitag, den 19. Dezember 1930, vorm. 10 Uhr sollen im Versteigerungsraum des Amtsgerichts 250 Dosen Schuhereme, 1 Sad Erbsen (ca. 30 Pfd.), 15 Büchsen Spargel, 5 Büchsen

Apfelsmus, 50 Pfd. Kartoffelmehl meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hellmut Maaz in Neuland ist zum Konkursverwalter ernannt der Rechtsanwalt Raefner in Schneeberg.

Amtsgericht Schneeberg.

### Steuerkarten betr.

Nach den bestehenden Vorschriften ist jeder hier wohnende Arbeitnehmer verpflichtet, sich noch vor Beginn des Kalenderjahres 1931 eine Steuerkarte von der unterzeichneten Behörde ausstellen zu lassen.

Zu den Arbeitnehmern gehören alle Gehalts-, Pensions- und Lohnempfänger, sowie die Empfänger von Wartegeld, Ruhegehalt, Witwen- und Waispension und von anderen Bezügen oder geldwerten Vorteilen für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit. Alle diese Arbeitnehmer, soweit sie am 10. Oktober 1930 hier gewohnt oder sich aufgehalten haben,

gleichviel, ob sie in einem Arbeitsverhältnis stehen oder nicht, werden aufgefordert, die für sie ausgestellte Steuerkarte an hiesiger Amtsstelle abzuholen, falls ihnen eine solche noch nicht ausgestellt worden ist. Bei Steuerpflichtigen, welche nicht im Besitze einer Steuerkarte sind, ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Steuerabzug in voller Höhe ohne Berücksichtigung des steuerfreien Lohnbetrages und der Ermäßigung nach dem Familienstande vorzunehmen.

Die gegenwärtig noch in Gebrauch befindlichen Steuerkarten verlieren mit Ablauf des 31. Dezember 1930 ihre Gültigkeit.

Die neuen Steuerkarten sind dem Arbeitgeber auszuhandigen, bei etwaigem Arbeitswechsel zurückzugeben und dem neuen Arbeitgeber zu übergeben. Die Aufgebotsempfänger haben die ausgefertigte Steuerkarte sofort der auszahlenden Kasse zu übergeben.

Vor Abgabe der Karte an den Arbeitgeber hat der Steuerpflichtige zu prüfen, ob die Karte richtig ausgestellt ist.

Aue, 16. Dez. 1930. Der Rat der Stadt, Steueramt.

## Die sächsischen Feldoldaten wehren sich.

Kundgebung gegen die Verleumdung der Sächsischen Truppen durch das Berliner Tageblatt.

Der „E. V.“ hatte vor einigen Tagen den Dresdner Korrespondenten des „Berliner Tageblattes“ angeprangert, der sich während des Remarquefilms-Standals in einer Zuschrift an seine Zeitung in der verleumderischen Weise über den Typ des sächsischen Frontsoldaten im Weltkrieg ausgesprochen hatte. Das Woffblatt, dessen politischer Tiefstand dann in besonders deutlicher Erscheinung tritt, wenn es dem ehemaligen (und auch dem jetzigen) Heer etwas am Heuze fliden zu können vermeint, halte natürlich die Schandurkunden seines Dresdener Mitarbeiters mit schamlosem Behagen abgedruckt. Die ehemaligen sächsischen Frontsoldaten werden sicher dem Waffe gegenüber ihre Folgerungen ziehen.

Um vor aller Dessenlichkeit die in dem „Weltblatt“ verbreiteten Unversämlichkeiten abzuwehren, hatten sich in Sachsens Hauptstadt Stahlhelm, Offiziersbünde, Militärvereine, der Bund der Feldkameraden-Vereinigungen und die Vereinigten Vaterländischen Verbände zu einer Protestkundgebung vereinigt, die sich zugleich gegen den Remarquefilm richtete. Dabei führte der Dresdener Ortsgruppenführer des Stahlhelms, Hauptmann Hauffe, u. a. aus:

Einmal habe das Ansehen des Vaterlandes auf seinem Volksheld, seiner Armee, beruht. Heute aber seien die Dunkelmänner der Revolution stolz darauf, daß dieses einjährige Heer von hinten erdolcht worden sei. Ihr besonderer Haß gelte jedoch dem Wehrgebeten. Die neuen Mächtiger suchten durch Hohn und Spott die Ehre des alten Frontsoldaten der Jugend zu verzerren. Dabei habe man auf die Dummheit des Spielers gerechnet. Aus dieser Spekulation sei der Behälter „Im Westen nichts Neues“ entstanden. In bezug auf diesen Film habe das Auswärtige Amt sich geradezu standbals verhalten. Sein Verhalten müsse jedem Deutschen das Blut ins Angesicht treiben. Deshalb blies es eine Forderung der deutschen Ehre, daß sein Sachverwalter, der Außenminister Dr. Curtius, sofort verschwinde.

Als der Redner auf den Dresdner Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“, Arno Voigt, einen ehemaligen sächsischen Offizier, und sein Angriff gegen die sächsische Armee zu sprechen kam, ertönten im Saale lebhaft Pfui-Aufe. Voigt hatte im „Berliner Tageblatt“ geschrieben, daß der „Remarquefilm Soldatentyp mit seiner unheroischen Pflichtenverletzung derselbe Typ sei, den man während des Weltkrieges gerade am sächsischen Soldaten beobachtet habe“.

Als dann ein Brief von Voigt an die Stahlhelmeleitung verlesen wurde, in dem er sich herauszuwinden suchte, brach die Versammlung in lautes Gelächter aus. Die verlesenen Urteile von Voigts Kameraden vom Grenadier-Regt. waren geradezu vernichtend. Ihnen hatte sich 1918 selbst der Soldatenrat des Regiments angeschlossen, der Voigt als einzigen Offizier ablehnen wollte. Nach diesen Urteilen, fuhr Hauffe fort, sinke der Wert der Ausführungen Voigts weit unter Null. Die alte Armee Sachsens habe ihre Pflicht über alle Mäßen erfüllt, wie alle ihre Führer besungen hätten. Am schönsten vielleicht Generalfeldmarschall von Mackensen, der eigenhändig folgenden schreibe:

Wo Sachsen stehen, gibt es immer heißen Streit. Dies alte Wort haben die Königlich Sächsischen Truppen, die im Weltkrieg in den mir anvertrauten Frontteilen gegen Russen, Serben und Rumänen gekämpft haben, im vollsten Sinne wahr gemacht. Mit seiner Ausbildung, seiner Manneszucht und seiner Tapferkeit hat der sächsische Soldat in allen Kriegslagen den härtesten Proben standgehalten und mit dieser Artigkeit zum Siege der Truppen beigetragen. Die Sachsen haben reichen Anteil daran, daß im Weltkrieg das deutsche Volk im Kampf mit Völkern aller Erdteile sich als das kräftigste erwies. Hat.

Waldhaus Falkenmalde bei Steint, den 12. Dez. 1930.

923. v. Mackensen, General-Feldmarschall.

Nicht ein Schlafen mochte dann der Redner. Nach dem Sieg der nationalen Sache über die Verhörer des Remarquefilms gehe der Kampf weiter. Die große Auseinander-

setzung komme erst. Sie solle nach dem Willen des Stahlhelms zum Sturz dieses Systems und zur Wiedergewinnung der deutschen Wehrfreiheit führen.

Brausender Beifall folgt dem letzten Appell, Marschweisen der alten A. S. Regimenter fallen ein. Und der Sinn der Kundgebung wird dann zusammengefaßt in folgender einstimmig angenommenen

### Ausfällung:

Tausende deutscher Männer und Frauen, darunter die Angehörigen der alten sächsischen Armee, erheben in heftiger Empörung Einspruch gegen die unerhörte Verhöhnung deutschen Selbsttums im Kriege durch den Remarquefilm.

Insonderheit wendet sich die Versammlung aufs schärfste gegen die in Verbindung mit der Aufführung des Films stehende freche Herabwürdigung des sächsischen Frontsoldatentums, das nach Urteil unserer großen Heerführer, an ihrer Spitze der Generalfeldmarschall von Mackensen, zu den pfälzischsten Truppenteilen der alten deutschen Armee gehört hat. Der Dresdner Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“, der sich erdreistete, den im Remarquefilm gezeigten Frontsoldaten als den Typ des sächsischen Soldaten hinzustellen, ist nach unserem Urteil in keiner Weise berufen, eine solche Verhöhnung auszusprechen.

Das alte Frontkämpfertum, das vom Kriege nicht zerbrochen wurde, und seine Gefolgschaft haben keine Lust mehr, derartige Verleumdungen ihrer heiligsten Empfindungen unermüdet hinzunehmen. Diese Zeiten sind vorüber. Die Frontsoldaten des alten Heeres werden sich zur Wehr setzen mit der Fähigkeit und Härte, die ihre Angriffe auszeichnete. Sie haben die unerschütterliche Überzeugung, daß allein der Frontgeist und die Wehrhaftigkeit unser Volk aus seinem Elend wieder herausführen werden.

Die Sächsische Reichsgemeinschaft junger Volksparteier übergibt der Öffentlichkeit eine Entschließung, in der es am Schluß heißt: „Mit Entschiedenheit weist die Reichsgemeinschaft junger Volksparteier Sachsens weiter die Unterstellungen des Dresdner Korrespondenten des „Berliner Tageblattes“ zurück, der als sächsischer Referentoffizier den sächsischen Soldatentyp des Remarquefilms als charakteristisch für den sächsischen Soldaten hinstellen gewagt hat.“

## Bonzenwirtschaft.

Braunschweig, 17. Dez. Wie verschwenderisch die SPD mit Steuergeldern umgeht, zeigt sich wieder einmal an folgendem Fall. Die frühere braunschweigische Regierung hat die sozialdemokratische Wohnhausgründung „Bebelhof“ weitgehend unterstützt. Die „Braunschw. Landesztg.“ berichtet hierüber Einzelheiten. Danach hat die Regierung Jasper kurz vor ihrem Rücktritt dem „Bebelhof“ regierungsseitig eine auf 100 Jahre un kündbare Hypothek im Betrag von 2 225 000 Mark zum Zinsfuß von 1 v. H. gegeben, und zwar dergestalt, daß die für die Anleihe zu zahlenden restlichen 9 v. H. vom braunschweigischen Lande getragen werden. Diesem erwächst daraus für ein Jahrhundert eine Schuld von nicht weniger als 200 000 Mark. Der Bebelhof, der auf einem ehemaligen Exerzierplatz errichtet wurde, stellt das Heim einer sozialdemokratischen Wohnkolonie dar, die 500 bis 600 Familien bzw. 2000 Personen umfaßt. Es ist eine Art zentralisierter Wohnblock mit eigener Stromerzeugung, eigenen Aufzügen, eigener Wäscherei usw.

## Neue Steuern in Sicht.

Beschlüsse des Reichstages.

Berlin, 17. Dez. Das Reichskabinett genehmigte in seiner heutigen Sitzung die feinerzeit vom Reichstag gewünschte Denkschrift über die Besteuerung der Kraftfahrzeuge. Die Denkschrift wird dem Reichstag alsbald zugeleitet. Gleichzeitig wurde beschlossen, es grundsätzlich bei der derzeitigen Regelung „einstweiligen“ zu belassen, jedoch unter Einfügung der in der Denkschrift vorgeschlagenen Änderungen.

Das Reichskabinett hat sich heute u. a. auch mit der Frage beschäftigt, wie am 18. Januar die 60jährige Wiederkehr der Reichsgründung gefeiert werden soll. Wie wir hören, ist eine amtliche Feier geplant, die einen denselben Charakter trägt, wie die üblichen Verfassungsfeiern am 11. August. Die Hauptfeier wird im Reichstage stattfinden, und zwar wahrscheinlich unter Teilnahme des Reichspräsidenten.

Berlin, 17. Dez. Der Reichspräsident empfing heute die Führer der „Grünen Front“, Graf Kaldreuth, Dr. Brandes, Dr. Hermes, Dr. Fehr, und nahm von ihnen einen gemeinsamen Bericht über die erste Lage der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Verbelungswirtschaft, entgegen.

## Beamtenbund und Notverordnung.

Berlin, 17. Dez. Der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner heutigen Sitzung zu der durch den Erlass der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 geschaffenen Lage Stellung genommen. Grundsätzlich wendet sich der Gesamtverband des D. B. B. erneut mit aller Entschiedenheit gegen die Finanzpolitik der Reichsregierung, die Finanzände des Reiches, der Länder und Gemeinden in erheblichem Maße einseitig durch Kürzung der Beamtengehälter zu beheben. Unter Berufung auf Artikel 134 der Reichsverfassung fordert der Gesamtverband eine Steuer- und Finanzpolitik, durch die alle Staatsbürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten herangezogen werden. Besonders sei zu beanstanden, daß die in der Notverordnung getroffene Regelung die durchaus gebotene Rücksichtnahme auf die gering besoldeten Beamtenfamilien vernichten lasse. Die als Ausgleich der Gehaltskürzung in Aussicht gestellte Preislenkung habe bisher keine praktische Bedeutung erlangt. Die Preisgestaltung gerade von Gegenständen des täglichen Bedarfs habe sich zugunsten der Verbraucher nur unmerklich geändert. Die Gehaltskürzung ab 1. Februar 1931 bedeute daher eine bedeutende Verschlechterung der Lebenshaltung der Beamten. Der Gesamtverband beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, alles zu tun, um den Reichstag zu veranlassen, die Gehaltskürzung durch Staffelung sozialer zu gestalten.

Berlin, 18. Dez. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kaufher, ist heute nacht in St. Pölten, wo er sich zur Erholung seines Leidens aufhielt, im Alter von 46 Jahren gestorben.

Berlin, 18. Dez. Zu der Notverordnung für die Osthilfe werden jetzt Richtlinien veröffentlicht für die Gewährung von Umschuldungskrediten an die landwirtschaftlichen Pächter, denen die Aufnahme langfristiger Kredite durch das Fehlen hypothekarischer Sicherheiten besonders erschwert ist. Nach den Richtlinien erhalten sanierungswürdige Betriebe Umschuldungskredite bis in Höhe von 60 v. H. des Inventarnormalwertes bei einem Zinsfuß von 4 v. H. und jährlicher Amortisationsquote von gleicher Höhe. Die Auszahlung der Umschuldungsbeträge erfolgt unter Bürgschaft des Reiches und Preussens je zur Hälfte durch die zuständigen Umschuldungskreditinstitute.

Magdeburg, 17. Dez. Die für den 18. Dezember geplante Kundgebung der Nationalsozialisten, in der Hitler sprechen sollte, sowie die am gleichen Tage geplanten Gegenkundgebungen des Reichsbanners und der Kommunisten sind vom Polizeipräsidenten verboten worden.